

Der „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M., für den Postweg nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., ausschließlich Porto-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 10,- M., ausschließlich Porto-Kaufschlag und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 24.

Die wichtigsten Korrespondenzen über den Mann des 4. - M. einschließlich Feuerungsbeitrag. Dieser Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsbeitrag. Deutsche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Betriebsleiter: Zentrum 2020, 2645, 4516, 4692, 4695, 4698, 4692

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der arme Konrad

Die Herausgabe von Erinnerungswerken ist gegenwärtig der Lieblingsport führender Männer der Rechtssozialisten, denen durch die Tücke des Schicksals in den ersten Jahren der deutschen Republik eine bedeutsame politische Rolle zugefallen ist, die sie mehr oder minder kläglich gespielt haben. Koske erlebte und schrieb die Tragikomödie „Von Kiel bis Kapp“ und Scheidemann veröffentlicht sein Tagebuch, um der Welt die blamable Dürftigkeit seiner Kriegspolitik zu zeigen. Aber sie ergriffen die Feder erst in den Musestunden der Zurückgezogenheit nach vollendetem Bankrott. Preußens Kultusminister aber scheint durch die Wahlen zum preussischen Landtag schon im Voraus in eine elegische Stimmung versetzt und zur nachdenklichen Rückschau veranlaßt zu werden. Konrad Haenisch hat zwar noch kein Erinnerungsbuch geschrieben, aber doch fünf lange Zeitungsartikel, die teils wie eine Rechtfertigung anmuten, in denen aber auch die Töne eines Schwanengesanges mitklingen.

Armer Konrad! Er klagt in zwei Artikeln im „Vorwärts“, die schon vor einiger Zeit erschienen sind, aber mit drei Seiten im „Berliner Tageblatt“ abgedruckten Leitartikeln ein Ganzes bilden, schmerzlich über die Hemmungen der Koalitionspolitik und über die unglückselige Stellung eines Koalitionsministers, dessen Malheur uns darin zu bestehen scheint, daß er in der Mission lebt, die Koalition biete seinen Laten einen breiteren politischen Raum, während er in Wahrheit stets in der Gefahr schwebt, einen Platz zwischen zwei Stühlen zu finden. Haenischs Rechtfertigungsversuche wenden sich denn auch nach rechts und nach links. Nach beiden Seiten streckt er Freundschaft und Verstehen heischend, die biedere deutsche Männerband aus.

Im „Vorwärts“ beschreibt er die Ergebnisse seiner Politik. Er freut sich des prächtigen Erfolges, daß es ihm gelungen ist, drei Duzend Sozialdemokraten zu Kreisschulräten zu machen, die unter den insgesamt 600 Kreisschulräten des Landes das trostlos verlassene Dasein trübseliger Konzeptionschulzen führen. Er gesteht, daß von der Möglichkeit der Abmeldung vom Religionsunterricht nur zwei Prozent der Schüler Gebrauch gemacht haben, was darauf zurückzuführen ist, daß die Schulkinder, die diesen Schritt wagen, von der Lehrerschaft auf das schlimmste drangsalariert werden. Dieses Zugeständnis des Kultusministers enthüllt die völlige Wirkungslosigkeit dieser von ihm herbeigeführten „Befreiung vom Religionsunterricht“. Haenisch macht ein großes Aufsehen von einigen weltlichen Schulen, die, wie einsame Insekten im Meer der Schulreaktion schwimmen. Er vergißt aber die Rehrseite dieser ohnehin rostigen Medaille zu zeigen, die darin besteht, daß diese weltlichen Schulen überall nur dank der Initiative sozialistischer Gemeindegemeinschaften gegen den Widerstand und der vom Kultusministerium völlig unbehelligten Reaktion in den staatlichen Schulbehörden gegründet werden konnten. Manche dieser Gemeinden verlangten vergeblich nach der Unterstützung des Ministeriums in ihrem Ringen mit den Schulmännern des alten Regimes.

Aber die Hauptfrage dieses sozialistischen Kultusministers gilt ja nicht den Schulen der Masse des Volkes. Ihm liegt ein „geistiges Deutschland“ am Herzen, das er im deutschen Universitätsbetrieb verkörpert sieht. In seinen drei Leitartikeln im „Berliner Tageblatt“ wird er mit Inbrunst um die Seele dieses geistigen Deutschland. Während unmittelbar nach der Novemberumwälzung die Hoffnung gerechtfertigt war, daß das neue Deutschland nicht nur in den sozialistischen Arbeitermassen ein festes Fundament besitzt, sondern daß der demokratische Gedanke mit kräftigem Hauch alle Stauwerke des neuen Staatsgebäudes durchwehen werde“, schreibt Haenisch, grossieren nun unter der Schülerschaft aller höheren Lehranstalten „allzusehr der Hakenkreuzwahn und ein Schlagwort-Antisemitismus ödester Prägung“.

Haenisch sucht die Erklärung für diese Wandlung zu finden. Er hat den Eindruck, daß man dieses geistige Deutschland, eben jenen antisemitischen Akademiepöbel, nicht mit der — Zartheit behandelt hat, die er verdient. Man durfte diesen wertvollen Teil des deutschen Volkes nicht vor den Kopf stoßen. Das sei geschehen durch die Berufung Adolf Hoffmanns ins Kultusministerium, denn man habe damit gleichsam symbolisch angekündigt, daß der neue Staat „das Knotentum auf Deutschlands geistigen Thron zu heben gedense“. Womit ein sozialistischer Minister sagt, daß er in dem energischen proletarischen Willen zur radikalen Umwälzung aller Schulverhältnisse im Sinne des sozialistischen Proletariats geistiges Knotentum erblickt. Die Organe der monarchistisch-antisemitischen Reaktion waren glücklicherweise dieses Bekenntnis des Mannes auf dem „geistigen Thron Deutschlands“ mit zustimmendem Schmunzeln abdrucken konnten.

Ein weiterer Fehler sei begangen worden in der Flaggenfrage. Man durfte sie nicht aufrollen und nicht die inneren Reibungsflächen dadurch verbreitern in dem Augenblick, in dem die Zusammenfassung aller Volksträfte dringend geboten war als niemals zuvor“. Zusammenfassung aller Volksträfte unter der schwarz-weiß-roten Flagge paßt wunderbar in die gegen-

Die bayrische Katastrophen-Politik

Nation der Arbeiterschaft

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 11. Februar.

In einer Funktionärsitzung hat die Unabhängige Sozialdemokratie Münchens gestern zur politischen Lage Stellung genommen und einen Aufruf beschlossen, der heute in unserem Münchener Parteiorgan „Der Kampf“ veröffentlicht wird. In diesem Aufruf, der von der Münchener Parteileitung und der bayrischen Landtagsfraktion unterzeichnet ist, heißt es:

„In dieser Lage kann für die Arbeiterschaft die Parole nur sein: Schärfer Kampf gegen die Regierung, schärfer Kampf gegen die schändlichen Parteien und gegen die gesamte Reaktion, um dem internationalen Proletariat und dem ganzen zushauenden Auslande zu beweisen, daß die Geißel des alten imperialistischen Deutschlands sich nicht widerstandlos in den Sattel setzen können. Zusammenschluß mit den Genossen in Nordbayern, Zusammenschluß mit der arbeitenden Bevölkerung ganz Deutschlands, um es der Regierung Bayerns unmöglich zu machen, die in der jetzigen Lage allein mögliche Reichspolitik zu durchkreuzen.“

Parteiernst und Parteiernst! Die Regierung entzieht sich der Pflicht, sich vor der Volksovertretung zu verantworten. Die Regierungsparteien verhindern eine Aussprache im Landtage. Das Proletariat wird dadurch gezwungen, seine außerparlamentarischen Mittel anzuwenden, um die wahrhaftige Katastrophenpolitik zu durchkreuzen. Das Proletariat muß bereit sein, wenn es gilt, den Zusammenhang mit dem Reich auf jeden Fall zu wahren, wenn es gilt, den heuchlerischen Patrioten, die Deutschland ins Unglück geführt haben und die jetzt mit Bayern das gleiche Spiel treiben wollen, zu beweisen, daß ihr Verzicht auf dem ehernen Willen der Arbeiterschaft zerbrechen wird.“

Die U.S.P. und die S.P.D. haben beschlossen, in Verammlungen gegen die unerhörte Provokation der Regierung zu protestieren.

Die gestrige Landtagsitzung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 11. Februar.

Nach Wiederaufnahme der Landtagsitzung um 11 Uhr gab nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte der Abgeordnete Timm (S.P.D.) seine Erklärung ab, die das Verhalten der Regierung und der Koalitionsparteien aufs schärfste verurteilt. Die Regierung entziehe sich der selbstverständlichen Pflicht, der bayrischen Volksovertretung Informationen über die höchsten Lebensinteressen des Volkes berührende Angelegenheit zu geben. Die frivole Gefährdung der Einigkeit im deutschen Volk durch die bayrische Regierung müsse unabsehbare Folgen nach sich ziehen. „Wir halten es mit der Ehre und Würde der von uns vertretenen Volksteile unannehmbar, an den Verhandlungen des Landtags teilzunehmen, solange nicht Herr von Kahr seinen Verpflichtungen als Ministerpräsident nachgekommen ist. Hierzu geben wir ihm Gelegenheit, indem wir folgende Frage stellen, deren unverzügliche Beantwortung wir verlangen: „Welche Haltung gedenkt die bayrische Regierung zu den aus dem Pariser Diktat sich ergebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen einzunehmen?“

In der hierauf folgenden erregten Geschäftsordnungsdebatte versuchten die Koalitionsparteien, die Abgabe einer Erklärung der U.S.P. zu verhindern. Unsere Fraktion ließ dann schließlich dem Redner der Bayrischen Volkspartei den Vortritt, der im Namen der Koalitionsparteien eine Erklärung abgab, in der er ausdrücklich den vertraulichen Charakter der Berliner Beratungen betonte, weshalb die Regierung

wärtige Situation mit ihrer Hurra Stimmung, aber es fragt sich doch, ob ein sozialistischer Kultusminister dieses Ziel zu dem seinen machen darf. Haenisch tut es mit einer Offenheit, die verblüffend wirkt. Er bekennt sich mit vollem Herzen zu den Farben des Monarchismus, denn: „In tausend Schlachten hatten Millionen unserer Volksgenossen unter den schwarz-weiß-roten Farben ihr Leben für Deutschland hingegeben“. Hier verlagert uns die Sprache...

Ebenso verderblich für die Stimmung des von Konrad Haenisch neuentdeckten geistigen Deutschlands war die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Sie war „der schwerste Fehler“ und damit ist Haenisch an die Quelle gelangt, aus der der Abstrom der deutschen Intelligenz nach rechts vornehmlich herzuleiten sei: Das Gefühl nämlich, „die Demokratie sei in nationalen Dingen weniger zuverlässig als die Rechte“.

Zwei weitere Artikel verwendet der Kultusminister darauf, um die absolute Zuverlässigkeit in nationalen Dingen für sein Ressort zu beweisen. Ausführlich setzt er auseinander, wie sehr seine Sorge der gebildeten Jugend und ihrer Freiheit gilt, und mit welcher väterlicher Treue er ihre Privilegien bewahrt.

Konrad Haenisch scheint nicht zu ahnen, daß er mit seinen Darlegungen in der Tat die Erklärung für das Un-

nicht in der Lage sei, in öffentlicher Sitzung eine Erklärung abzugeben. Damit die Oppositionsparteien vertrauliche Informationen erhalten, hat der Ministerpräsident dem Mehrheitssozialisten Auer gestern Abend noch eine Einladung zu einer vertraulichen Besprechung telefonisch zugehen lassen.

Hierauf gab Abgeordneter Blumtritt im Namen der U.S.P. nachstehende Erklärung ab:

„Die Fraktion der U.S.P. sieht in der Erklärung der Staatsregierung, daß der Ministerpräsident durch bringende anderweitige Geschäfte verhindert ist, unsere Frage über seine Stellungnahme zu den Pariser Bedingungen zu beantworten, eine unerhörte Verletzung der Rechte des Landtags und eine Herabsetzung der parlamentarischen Opposition zu Landtagsmitgliedern zweiter Klasse.“

Nacht Tage lang haben die Regierungsparteien hinter verschlossenen Türen verhandelt über eine Frage, die das ganze Land in hochgradige Erregung und Spannung versetzt hat. Gestern Abend sind nun endgültige Beschlüsse gefaßt worden, und es wäre die selbstverständliche Pflicht der Regierung gewesen, dem ganzen Landtag Aufklärung und allen Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Statt dessen verweigert die Regierung unter fadenscheiniger und unglaubwürdiger Begründung diese Aufschlüsse und zwingt dadurch unsere Fraktion, alle Mittel anzuwenden, um durchzusetzen, daß auch die Oppositionsparteien wieder als vollberechtigte Mitglieder des Landtags anerkannt werden.

Wir verlangen, daß die Regierung unverzüglich darüber Aufschluß gibt, welche Haltung sie zu den aus dem Pariser Diktat sich ergebenden wirtschaftlichen und politischen Fragen einzunehmen gedenkt.“

Nach dieser Erklärung verließen die U.S.P.D. und S.P.D. demonstrativ den Saal. Sie werden solange an den Sitzungen des Landtags nicht teilnehmen, als der Ministerpräsident es ablehnt, die gestellten Fragen zu beantworten. Ein Regierungsovertreter gab dann bekannt, daß der Ministerpräsident von Kahr gestern sich schon unwohl gefühlt habe und heute krank zu Bett liege. Gestern Abend habe der Ministerpräsident den mehrheitssozialistischen Abgeordneten Auer zu einer Besprechung eingeladen und Auer sei damit einverstanden gewesen, daß diese Besprechung am Samstag stattfinden. Der Landtag begann hierauf in der Fortsetzung der Tagesordnung die Beratung des Postetats.

Die Regierung hatte also, wie aus der Erklärung des Regierungsovertreters hervorgeht, der Aufforderung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ von gestern Abend Folge geleistet, und um der unangenehmen Erörterung der U.S.P.D.-Interpellation im Landtag auszuweichen, versucht, die Rechtssozialisten zu einer abwartenden Haltung zu veranlassen. Dieser Versuch ist mißglückt, Regierung und Koalitionsparteien sind in peinlichster Verlegenheit, und die Spannung zwischen den sozialistischen Parteien und der Regierung ist aufs äußerste verschärft.

Die Situation in Bayern wird durch die Meldungen unseres Sonderkorrespondenten erschöpfend dargelegt. Aus allen diesen Zeichen sowie auch aus der amtlichen Erklärung der Kahr-Regierung ist als wichtigstes Moment stets im Auge zu behalten, daß die Haltung der bayrischen Regierung keineswegs einen Rückzug in der Frage der Einwohnerwehren bedeutet. Die Kahr-Regierung läßt lediglich außenpolitisch der Reichsregierung die Verantwortung. Hinsichtlich der Einwohnerwehren bleibt alles beim alten und diese innen- und außenpolitische Gefahr bleibt in ihrer ganzen Schwere bestehen.

(Siehe auch zweite Seite.)

wachsen der reaktionären Strömungen gegeben hat. Diese Erklärung liegt darin, daß die Reaktion sehr bald die Beobachtung machen konnte, wie schwach der Wille der Männer des neuen Regimes zur Durchsetzung ihrer grundsätzlichen Forderungen war, wie rücksichtslosste Betrug an der Arbeiterklasse und ihren Interessen übten, nur weil sie das Stürzen des „geistigen Deutschlands“ fürchteten. Konrad Haenisch zeigt sich durch seine Artikel als hervorragender Repräsentant dieses Typus. Sobald die Reaktion die Rückgratshärte dieser Männer herausgefunden hatte, stellte sie ihre Forderungen schroffer und lauter, steigerte sie ihre Ansprüche, wurde sie strupplos in ihren Mitteln, die sie bedenkenlos zum antisemitischen Kabau steigerte. Hätte man diese Kreise und hätte man das Zentrum, den gefährlichsten Feind aller Schulreformen, von vornherein einen ernsthaften Willen und ein starkes Machtbewußtsein fühlen lassen, so wären tausende, die heute diesem Spektakel folgen, weil er sich als gefahrlos erwiesen hat, hätte geblieben und zu Leuten gewesen. Besonders unter den Lehrern der höheren Schulen.

Jetzt aber ist alles gute Zureden vergeblich. Wie er dieses gute Zureden betreibt, schildert Konrad Haenisch sehr aus-

fürlich. Die Frage, die ihn jetzt beschäftigt, ist die, wie die innere Ueberzeugung der Lehrenden allmählich zu wandeln sein werde. Er beschreibe, wie er in Versammlungen durch Reden und Ermahnungen auf Schüler und Lehrer der Höheren Lehranstalten zu wirken suchte, und er mag die schüchternste Behauptung, daß nach einer solchen Tätigkeit von einem Jahr in der Stimmung der akademischen Kreise eine Aenderung zum Besseren zu beobachten zu sein — scheint. Unter den Schülern, wie unter den Lehrern habe er zahlreiche Anhänger gewonnen. Was nicht allzu schwierig war, weil Konrad Haenisch nur recht bescheidene Forderungen an die Gestaltung seiner neuen Anhängerschaft stellte. Was außerdem aber noch nicht einmal glaubwürdig ist, denn das gewaltige Anwachsen der deutschen nationalen Jugendbewegung, die heute Mitgliedszahlen aufweist, die sie nie zuvor kannte, spricht für das Gegenteil.

Wird für die Tatsachen und unklar über die Aufgaben eines sozialistischen Kultusministers: das ist das Kennzeichen für Haenischs Politik, das er durch seine Bekenntnisse selbst gegeben hat. Denn sonst sollte er wissen, daß die Sorge eines sozialistischen Schulministers nicht so sehr der Akademie, sondern der Schule des Volkes gehören muß. Auf diesem Gebiete aber hat Haenisch nichts aufzuweisen. Man sucht in seinen Darstellungen vergeblich nach einer Stelle, aus der auch nur bescheidene Verbesserungen des Volksschulwesens zu erkennen wären. Der Volksschule aber ist eine Sakrilegation nötig, wenn die Schule der Arbeiterjugend herausgerissen werden soll aus dem Elend der preussischen Schulkaserne. Diese herrscht hier noch in vollem Umfange. Die Volksschule ist noch immer eine Drillanstalt, die alle freien und frischen Triebe im Kinde erstickt. Zusammengepfercht in großer Zahl, ist die Jugend des Proletariats auch heute noch den Einwirkungen der Lehrerschaft ausgeliefert, der Lehrerschaft, die die Mittel und Methoden ihres Unterrichts restlos übernommen hat aus der Zeit und aus der Gesinnung des Kaisertums. Als Symbol für diesen Zustand prangen noch immer die Kaiserbilder in den Schulbibeln. Auch doch Haenisch selbst zugestehen, daß nicht einmal die völlige Abschaffung der Prügelstrafe durchgeführt worden ist.

In der revolutionären Umwälzung des Volksschulwesens besteht die Aufgabe eines sozialistischen Schulministers. Das Ziel muß sein, nicht ein besonderes „geistiges Deutschland“ zu pflegen, nicht das Bildungsprivilegium der bestehenden und reaktionären Schichten zu erhalten, sondern ein wahrhaft geistiges Deutschland zu entwickeln durch die Emporführung der Massen aus künstlich erhaltener geistiger Not zu geistiger Freiheit.

Ran messe die Kraft des armen Konrad an dieser Aufgabe und man hat die Erklärung für den völligen Mißerfolg seiner zweijährigen Wirksamkeit, der durch seine Artifel von neuem bestätigt wird. Es wird die Aufgabe einer starken Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie im neuen Landtag sein, endlich einmal für ernste, sozialistische Kultuspolitik zu sorgen. Es ist Sache der Wähler, am 20. Februar eine solche Fraktion zu schaffen!

Der Aufmarsch der Orgeß

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten)

München, 11. Februar.

Der Aufmarsch der Orgeß und die Fertigstellung ihrer Vorbereitungen zum offenen Herausretzen wird eifrig fortgesetzt. Die „Münchener Post“ schreibt heute:

In bestimmten Gebieten Oberbayerns wird unter den Einwohnerleuten eine Agitation im nationalsozialistisch-deutschvölkischen Sinn betrieben. In fast allen Dörfern dieser Gebiete sind unter der Einwohnerwehre Vertrauensleute ausgespielt, die auf das Programm vorberedt sind oder vorberedt werden sollen. Die Reichsfahne „Oberland“, so heißt die Organisation, hat über 600 Mitglieder. Die Vertrauensleute haben verschlossene Befehlsbriefe in der Hand. Der Sammelplatz ist unbekannt. Aus dem Einwohnerwehre-Waffendepot in Lauterbach bei Rosenheim wurden 1000 Gewehre auf unrechtmäßige Weise ohne Wissen der Einwohnerwehreliteure beschafft, mittels eines Autos nach München gebracht und dort versteckt. Die Mitglieder der „Reichsfahne Oberland“ haben sich u. a. zu folgenden Bedingungen verpflichtet: „Wir werden niemals unsere Waffen abliefern und uns auflösen. Kein feindliches Diktat wird uns wehrlos und somit ehrlos machen. Drohung von Zuchthaus scheidet nur Feiglinge. Aussicht auf Belohnung ermuntert zur Schutze zur Ablieferung von Waffen. Die Führer von „Oberland“ treten jederzeit für diese Punkte ein und verpflichten sich ehrenwörtlich, von dieser Grundlinie nie abzuweichen, sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zu verwirklichen: Freudig in den Tod!“

Jedes Mitglied der „Reichsfahne Oberland“ verpflichtet sich ehrenwörtlich: a) Der „Reichsfahne Oberland“ Mannestreu zu bewahren bis in den Tod. b) Unbedingten Gehorsam allen Führern der Reichsfahne zu leisten. c) Für den Gedanken des „Oberland“ zu weichen und alle entschlossenen Männer, die an Deutschlands Zukunft glauben, zum Eintritt in die „Reichsfahne Oberland“ zu veranlassen. Verräter und Wortbrüchige verfallen der Schme.

Dazu bemerkt die „Münchener Post“: Wir wissen, daß mehrere Münchener Einwohnerwehreliteure sich weigerten, diese Verpflichtungen anzuerkennen oder ihre Zustimmung zurückzugeben haben; wir wissen, daß andere als Verräter und Wortbrüchige der Schme bereits verfallen erklärt sind. Ein Fall eines Wortbrüchigen liegt bereits vor. Es ist abzuwarten, was die Untersuchung hierüber weiter an den Tag bringt.

Der kommunistische Wirrwarr

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten)

München, 11. Februar.

In der gestrigen kommunistischen Versammlung erklärte als Abgeordneter der Berliner Zentrale der Reichstagsabgeordnete Kemmle, daß Dr. Levi von der Zentrale am Sonntag in München in einer öffentlichen Versammlung den Standpunkt der Berliner Zentrale zu den Streitigkeiten in der Münchener A. P. D. klarlegen wird. Die Versammlung wird wieder im Zirkus Krone stattfinden, in dem der kommunistische Graf zum Krieg gegen Frankreich gemeinsam mit den Alldeutschen aufgefordert hat, und in der er versichert: „Wir werden der Entente mit klingendem Eisen zahlen. Wir scheuen uns nicht davon, den deutschen Offizieren die Hände zu reihen.“ Es wird abzuwarten sein, ob die deutschen Nationalen, als Arbeiter verkleideten Studenten, am Sonntag Herrn Levi ebenso zuzuhören werden, wie sie am vorigen Sonntag in der Versammlung dem kommunistischen Kriegsbeher Herrn Graf zugehört haben.

Der Vertreter der Sowjetregierung in Rom. Der diplomatische Vertreter der Sowjetregierung, Worowski, teilt am 14. d. M. mit seinem Personal nach Rom ab. Nach dem „Corriere della Sera“ hat die italienische Regierung Worowski das Agrement erteilt.

Unehrllich und zweideutig

In der „Roten Fahne“ führte gestern Herr Thalheimer, wie bereits erwähnt, seine feilen Lettern gegen den Aufruf der U. S. P. D. ins Feld. Große Lettern, kurzer Bestand. Es würde nicht lohnen, auf das Geschwafel zurückzukommen; festgehalten muß nur werden, daß, während zuerst die Kriegstreiberei gelehrt wird, es dann über die Stellung der Kommunisten heißt:

Der imperialistische Raubvertrag kann endgültig nur zerbrochen werden durch den Fortgang der Weltrevolution. Das bedeutet nicht, daß das deutsche Proletariat zu warten hat, bis das englische und französische Proletariat ihm voran geht. Es bedeutet praktisch, daß es den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie verkümpfen und beschleunigen muß, um die Verbindung mit dem proletarischen Rußland herzustellen.

Die Verbindung der deutschen proletarischen Revolution mit Sowjetrußland bedeutet so wenig, wie die Erröhen des proletarischen Rußland selbst, die Absicht und die Notwendigkeit der Führung eines Offensivkrieges gegen den Entente-imperialismus. Die proletarische Revolution ist außerproletarisch immer in der Defensive, wie auch immer sie diese Defensive militärisch führt, sei es defensiv, sei es offensiv. Sie wird in ihrem eigenen Interesse, um den Frieden zu erhalten, alle die Opfer bringen, die verträglich sind mit der Fortführung des kommunistischen Wirtschaftsaufbaues, und die notwendig werden durch das gegebene internationale Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Es bleibt also nur offen, ob der Krieg militärisch defensiv oder offensiv zu führen sei, auf jeden Fall ist er zu führen. Doch Herr Thalheimer ihn als „Defensivkrieg“ erklärt, das hat er gemein mit allen Kriegführenden Generälen und Ministern von 1914. Das ekelhafte ist, daß der Bursche immer wieder zum Krieg hehrt, ihn als einzig mögliche Lösung ansieht und hinterher dann ein paar verwirrende Redensarten über die Bereitwilligkeit faßt, so lange als möglich „Opfer“ für den Frieden zu bringen. Die Erhaltung des Friedens ein — Opfer! Deutscher kann die militärische Verfechtung der Kommunisten nicht zum Ausdruck kommen.

Wir stellen nochmals fest: die Kommunisten kämpfen praktisch in dieser schweren Krise an der Seite der deutschen Nationalen Revanchepolitiker. Sie spielen mit dem Kriegsgewer, wie sie und besonders Herr Thalheimer den Krieg gegen Frankreich gefordert und propagiert haben, als die Russen vor Warschau standen. Thalheimer hätte dann die Dummheit, das deutsche Proletariat noch zu beschimpfen, weil es seine „Pflicht“ gegen Sowjetrußland nicht erfüllt hätte. Dann wurde das Kriegsgeschrei etwas stiller. Das famose Exekutivkomitee der dritten „Internationalen“ war gerade im Begriff, die französische Arbeiterbewegung zu spalten. Der französische Spaltungsagenten war natürlich die Kriegspropaganda ihrer deutschen und russischen Gesinnungsgenossen, deren erstes Opfer das französische Proletariat wäre, höchst unbedeutend. Es wurde also im beiderseitigen Einverständnis abgehandelt. Jetzt wird wieder geschürt. Die dritte „Internationale“ ist also dort angelangt, wo die zweite geendet hat: Sie fordert, daß die Proletarier aufeinander schießen sollen! Die einen forderten es im Interesse der „Landesverteidigung“, die anderen in dem der „Weltrevolution“: das ist verschiedene Ideologie, die beiden sind dieselben.

Wege der Gewalt?

In einer Besprechung der Kammerverhandlungen brüdt der „Temps“ die Ansicht aus, die Alliierten müßten die Jahreszahlungen so festlegen, daß sie sicher seien, nämlich von Deutschland das Maximum dessen zu erheben, was man nehmen könne, ohne daß man die Produktionskraft Deutschlands zu sehr schädige. Dieser Grundsatze scheint sehr weise. Das Abkommen von Paris sei die Ausführung desselben. Die Erhebung von dem Export müsse den Gläubigern das Recht zusichern, jedes Jahr alles das zu erheben, was man gerechtfertigt von dem Schuldner verlangen könne. Der Abg. de Lastrapes habe eine entscheidende Frage angeschnitten. Er habe auf den Unterschied der Bezahlungsdauer von 15 Jahren und der Zahlungsdauer von 42 Jahren hingewiesen. Davon dürfe man die Augen nicht abwenden. Wenn die Alliierten bezahlt sein wollten, dann müßten sie entweder die militärische Befehung in Deutschland bis zur vollständigen Bezahlung der Schuld verlängern, oder sie müßten die Schuld vor dem Ende der Befehung umwandeln. Einer Schuld, die international gewissermaßen handelsfähig geworden sei, könne sich Deutschland nicht gut entziehen, denn sein ganzer Handelskredit sei damit verknüpft. Aber eine Schuld, die nur einzig und allein Frankreich interessiere und den Charakter einer Schuld des Besiegten an den Sieger bewahre, dieser Schuld sah zu entziehen hätte Deutschland nur zwei Gründe, und nur mit Waffengewalt könnte man es bis zum Ende der Zahlungsfrist zum Zahlen zwingen.

Die Ententekapitalisten herauschen sich an immer neuen Möglichkeiten, die es ihnen erlauben sollen, die deutsche Schuld einzutreiben. Hinter den Forderungen steht immer als Druckmittel der Einmarsch, die militärische Befehung. Und nun erwägt der „Temps“ gar noch die Möglichkeit der 42-jährigen Befehung statt der im Friedensvertrag vorgesehenen 15-jährigen. Man sieht also, keine Idee ist den Ententekapitalisten und ihrer Presse zu verwehrt, um ihr Volk glauben zu machen, daß es auf gewaltsamen Wege gestungen werde, das aus Deutschland herauszuholen, was immer die Entente fordert. An dem Tage, an dem die Ententeregierungen und ihre Blätter dem Volke gestehen müssen, daß auch die militärischen Druckmittel nicht mehr aus Deutschland herauszuholen können, als es die wirtschaftliche Kraft Deutschlands erlaubt, an dem Tage, an dem sie ihrem Volke sagen müssen, daß historische Schuld und Verpflichtung zur Wiedergutmachung noch nicht auch die Mittel zur Erfüllung dieser Verpflichtung schaffen, an dem Tage werden den Völkern der Entente die Augen aufgehen und sie werden Rechenschaft fordern.

Es ist ein Unsinn, ja ein Verbrechen, diese Forderungen, deren Erfüllung eine blühende Wirtschaft, eine ungestört funktionierende Industrie zur Voraussetzung haben, mit Waffengewalt erzwingen zu wollen. Diese Absichten, an deren Verwirklichung im Bedarfsfall nach aller Erfahrung kaum zu zweifeln ist, zeigen in einem krassem Auschnitt den Widerstand des Kapitalismus. Sie zeigen auch eindeutig die Notwendigkeit der internationalen Aktion zur Herstellung der schwer erfülltesten Produktion Europas. Nur die internationale Arbeiterklasse kann Trägerin dieser Aktion sein. Nur von ihr wird die Befundung Europas ausgehen.

Die Verwendung der ersten deutschen Zahlungen

CC. Paris, 11. Februar.

Der „Temps“ beschäftigt sich heute mit der Auslegung des von den Alliierten in Paris am 24. Januar getroffenen Abkommens über die deutschen Entschädigungszahlungen und erklärt hierbei, daß die 20 Milliarden Goldmark, die Deutschland gemäß Artikel 235 des Versailler Friedensvertrages vor dem

1. Mai 1921 abgeliefert hat, nach Ansicht der französischen Regierung folgende Verwendung finden soll.

1. Rückerstattung der Vorkasse an Deutschland auf die Kohlenlieferungen gemäß dem Abkommen von Spa.

2. Bezahlung der Auslagen für die Besatzungstruppen auf dem linken Rheinufer nach Abschluß des Waffenstillstandes.

3. Bezahlung der Lebensmittel und Rohstoffe die Deutschland einsehen konnte.

4. Falls noch ein Rest zugunsten Deutschlands verbleiben sollte, so würde dieser von den von Deutschland zu zahlenden Reparationskosten in Höhe gebracht werden. Es hat bisher jedoch nicht den Anschein, daß die bisher von Deutschland geleisteten Zahlungen so hoch sind, daß sich ein Rest zugunsten Deutschlands ergeben würde. Der „Temps“ schließt hieraus, daß die Deutschland auferlegten Jahreszahlungen nicht in Gefahr seien, durch bereits geleistete Zahlungen vermindert zu werden.

Friede zwischen Polen und Rußland

Paris, 10. Februar. (M. T. S.)

Nach einer Radiomeldung berichtet ein Botschafter aus Moskau, daß der polnisch-russische Frieden gestern unterzeichnet worden ist.

Es mag zunächst befremdlich erscheinen, daß die obenstehende Meldung, deren Bestätigung bisher nicht zu erwarten war, auf dem Umweg über Paris zu uns gelangt ist. An der Wichtigkeit dieser Meldung ist aber kaum zu zweifeln, da in der letzten Zeit in gut unterrichteten russischen Kreisen die Unterzeichnung des Friedens täglich erwartet wurde. Ein endgültiges Urteil über den Friedensschluß selbst wird man allerdings zurückstellen müssen, bis die näheren Einzelheiten bekannt geworden sind.

Doch wie das Urteil in seinen einzelnen Teilen auch ausfallen sollte, eines kann heute schon als feststehend angesehen werden, daß der Friede zwischen Polen und Rußland einen außerordentlich wichtigen Schritt zur Konsolidierung der Verhältnisse im Osten und zum Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft Sowjetrußlands bedeutet. Nach all dem, was über die polnisch-russischen Verhandlungen bekannt geworden ist, muß angenommen werden, daß Polen neben einer Reihe wichtiger territorialer Zugeständnisse auch große wirtschaftliche Vorteile von Sowjet-Rußland erlangt. Es rückt seine östliche Grenze nicht nur weit über die sogenannte Curzon-Linie hinaus und gewinnt so eine Reihe von Gebietsteilen mit weißrussischer und litauischer Bevölkerung, es erhält auch eine recht beträchtliche Summe in Gold und anscheinend auch wirtschaftliche Konzessionen und materielle Lieferungen. Die Opfer, die Sowjet-Rußland nach seinem militärischen Mißerfolg im verflochtenen Herbst bringen muß, sind recht erheblich. Die Sowjet-Regierung hat sich aber trotz des Drängens einer kriegslustigen Minderheit entschlossen, diese Opfer zu bringen, um endlich dem Kriegszustand an der Westfront ein Ende zu machen, den wirtschaftlichen Verkehr mit den westlichen Ländern aufzunehmen und den Wiederaufbau der Industrie und der Landwirtschaft in die Wege zu leiten.

Trotz des für Polen günstigen Charakters der polnisch-russischen Verhandlungen erschien es bis zuletzt noch immer fraglich, ob die polnische Regierung ihre fortgesetzten Winkelzüge einstellen und sich zum Frieden bereitfinden würde. Bis zur letzten Zeit war in den polnischen Regierungskreisen das Bestreben lebendig, den Friedensschluß hinauszuzögern, um eventuell, gestützt auf Frankreich, im Bunde mit den russischen Weißgardisten und den ungarisch-rumänischen Konterrevolutionären, eine neue Frühjahrsaffensive gegen Sowjet-Rußland zu eröffnen. Dieser Plan mußte aber aufgegeben werden, weil dem Oberkommandierenden der polnischen Armee, Marschall Pilsudski, bei seinem jüngsten Besuch in Paris anscheinend bedeutet worden ist, daß Frankreich sich auf ein neues militärisches Abenteuer im Osten nicht einlassen könne. Auch die in den letzten Tagen erfolgte Anerkennung der baltischen Randstaaten durch die Entente läßt darauf schließen, daß Frankreich sich dem englischen Standpunkt in der russischen Randstaatenpolitik unterordnet hat, was in seiner Konsequenz auch eine Schwächung der französischen Polenpolitik nach sich ziehen mußte.

Sollte sich der Abschluß des russisch-polnischen Friedens bestätigen, so dürften seine Nachwirkungen auch in der Reparationsfrage wie in der oberschlesischen Frage in die Erscheinung treten. Doch darüber läßt sich erst ein Urteil abgeben, wenn genauere Nachrichten vorliegen werden.

300 000 Arbeitslose im englischen Bergbau

III. Paris, 11. Februar.

Das „Journal“ meldet aus London, daß auf mehr als 88 Kohlenzonen Englands die Arbeit eingestellt wurde. 300 000 Bergleute sind arbeitslos.

Das Pariser Blatt „Information“ meldet zur Verstärkung der Arbeitslosenkrise in England, daß die Zahl der nicht vollbeschäftigten Arbeiter im vereinigten Königreich auf 7 185 500 Männer, 285 100 Frauen, 48 700 junge Leute und 45 700 junge Mädchen geschätzt werde.

Verschiebung der Orientkonferenz

III. Paris, 11. Februar.

Laut „Echo de Paris“ wird die Orientkonferenz, die am 21. Februar in London zusammentreten sollte, vermutlich verschoben werden, da die Abgeordneten der Regierung von Angora sich erst am 13. oder 14. Februar in Khabla einschiffen können und erst nach in Rom mit den Konstantinopeler Delegierten beraten müssen.

Die türkische Abordnung

Die Abordnung der Regierung von Konstantinopel bei der Londoner Konferenz wird bestehen aus dem Großwesir Tewfik Pascha Vorsitzenden, General Doman Nizami Pascha, dem türkischen Vertreter in Rom, sowie Sachverständigen, Beiräten und Sekretären.

Der Großwesir richtete an Mustafa Kemal ein Telegramm, daß die von der Regierung in Angora aufgestellten Forderungen überleben seien, den Rechten des Sultans und Rassen zu widerstehen und mit den Grundrissen der Verfassung unvereinbar seien, so daß sie von der hohen Porte nicht angenommen werden könnten. Mustafa Kemal antwortete mit einer glatten Ablehnung.

Aus Angora wird berichtet, Mustafa Kemal Pascha habe seinen Truppen den Befehl erteilt, die Kampfhandlungen an sämtlichen Fronten während der Dauer der Londoner Konferenz einzustellen.

Beland verzichtet auf polnische Dekorationen. Nach dem „Kohotnik“ hat der französische Ministerpräsident Beland die Annahme des polnischen Ordens vom Weißen Adler abgelehnt.

Der Milchstreik in der Pfalz

Aus der Pfalz wird uns geschrieben:

Die Leser der „Freiheit“ haben in einer kurzen Notiz von dem Milchstreik erfahren, der inzwischen beigelegt ist. Die Bauern begründeten den Streik mit den erhöhten Produktionskosten. Daß dieses nicht zutrifft, wird durch die Angaben einiger Bauern widerlegt, welche den von der Regierung bewilligten Preis von 2,10 M. für den Liter als genügend erachten. So haben sich z. B. in Kleinbundenbach alle Bauern bereit erklärt, die Milch zum Erzeugerpreis von 2,10 M. abzuliefern. Sie sind mit diesem Preis einverstanden und liefern die Milch auch zu diesem Preise ab. Ist es doch Tatsache, daß die Bauern in einzelnen Gegenden Bayerns rechts des Rheins den Erzeugerpreis von 0,80 M. als angemessen erachten und dementsprechend die Milch auch abliefern.

Sinter der Forderung der Bauern, den Milchpreis zu erhöhen, finden andere Momente. Die Bauern trachten danach, daß die Zwangswirtschaft, welche heute noch auf einzelne landwirtschaftliche Produkte aufrecht erhalten bleiben muß, aufgehoben werden soll. Unverblümt bringen die Bauern dieses in Gesprächen zum Ausdruck. In persönlicher Unterhaltung wird nicht selten von dem geforderten Erzeugerpreis der Milch, von 2,50 M. gesprochen, sondern die Ausführungen gipfeln in der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Daß die Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte nach Erhöhung der Preise nicht besser wird, haben wir in den Jahren seit Bestehen der Zwangswirtschaft zur Genüge kennen gelernt. Das geht einwandfrei aus den statistischen Aufnahmen der pfälzischen Regierung hervor, die der Presse zur Verfügung gestellt wurden. Die Erhebungen für den 1. September 1920 in allen pfälzischen Gemeinden (mit Ausnahme der Saarpfalz) lassen die Aufbringungsmengen an Milch deutlich erkennen. In diesem Tage hatte die Pfalz eine Gesamtzahl von 97.127 Kühen, bei einem festgesetzten Gesamtlieferungsloß von täglich 92.591 Litern Milch und wöchentlich 9129 Pfund Butter. Der gesamte Ortsbedarf, ohne Selbstversorger, betrug täglich 93.473 Liter, als Ueberbühmungen waren täglich 40.499 Liter festgesetzt, wovon nur 32.654 Liter zur Ablieferung kamen.

Von den 8 größten rätlichen Kommunalverbänden belegen Kühe:

Kommunalverband	Anzahl der Kühe	Lieferloß im Tag
Krautenthal	486 Stück	473 Liter
Kaiferslautern	239 "	1281 "
Landau	72 "	42 "
Ludwigshafen	220 "	832 "
Neustadt	144 "	175 "
Pirmasens	275 "	750 "
Speyer	376 "	912 "
Zweibrücken	294 "	973 "

Der Tagesbedarf dieser Städte betrug aber für Krautenthal 2064, Kaiferslautern 8787, Landau 2350, Ludwigshafen 14.324, Neustadt 2520, Pirmasens 5536, Speyer 3758, Zweibrücken 1285 Liter.

Von den ländlichen Kommunalverbänden belegen Kühe:

Kommunalverband	Anzahl der Kühe	Lieferloß im Tag	en Butter pro Woche
Bergzabern	5007 Stück	6487 Liter	
Dürkheim	3117 "	2937 "	
Krautenthal	4304 "	7776 "	
Germersheim	6975 "	6251 "	16 Pfund
Kaiferslautern	3244 "	6324 "	1478 "
Kirchheimbolanden	4252 "	3426 "	1551 "
Kusel	14538 "	12948 "	2450 "
Waldmohr	3382 "	1720 "	404 "
Landstuhl	3960 "	3616 "	293 "
Landau	9202 "	5800 "	
Ludwigshafen	2829 "	2719 "	
Neustadt	3806 "	4021 "	
Pirmasens	10410 "	6151 "	68 "
Rodenhausen	5830 "	6660 "	2214 "
Zweibrücken	5098 "	3858 "	624 "

Die in der letzten Rubrik nicht angeführten Kommunalverbände hatten nichts abzuliefern.

Der riesige Ausfall durch Nichtablieferung des Pflichtloßes erhält für den genannten Termin aus folgenden Zahlen. Es waren festgesetzt für:

Kommunalverband	Bestand der Kühe im Tag	Lieferloß	nur abgeliefert
Bergzabern	3355	4390	2563
Dürkheim	2380	554	496
Krautenthal	6790	3390	1868
Germersheim	3507	3296	1868
Kaiferslautern	2909	3677	3449
Kirchheimbolanden	2451	1734	1498
Kusel	4396	3210	3094
Waldmohr	1309	411	362
Landstuhl	1468	2147	2420
Landau	5192	3853	2781
Ludwigshafen	3641	586	399
Neustadt	3846	1068	602
Pirmasens	2926	3125	2483
Rodenhausen	2534	4116	3979
Speyer	2729	1015	944
Zweibrücken	2604	1955	1579

Der gesamte, 32.845 Tagesliter betragende Ueberfluß der ländlichen Kommunalverbände steht nicht allein zur Befriedigung des Städtebedarfs zur Verfügung, sondern mußte außerdem noch zur Versorgung zahlreicher sonstiger Bedarfsorte dienen. Die Gesamtmitnahmefähigkeit der Pfalz belief sich nach diesen Zahlen auf rund 93.000 Tagesliter, was pro Kuh und Tag nicht ganz einem Liter entspricht.

Aus diesen Zahlen kann der Leser ersehen, wieviel Milch die einzelnen Kommunalverbände pro Tag und Kuh abgeliefert haben. Es ist erwiesen, daß eine Kuh pro Tag bis zu 20 Liter Milch gibt. Vorbedingung hierfür ist allerdings gutes Fressen. Da die einzelnen Verbände noch nicht einmal die Pflichtmengen der Milch vor dem Streik abgeliefert haben, so wird der Bauer die Milch auch nach dem Streik ebenfalls nicht abliefern. Der Leser wird sich denken können, wo die nicht abgelieferten Pflichtmengen der Milch bleiben.

Die Bauern erließen vor dem Streik für den Liter Milch 1,50 M. Gefordert war nunmehr ein Preis von 2,50 M. Die Regierung hat den Bauern aus Grund des Gutachtens landwirtschaftlicher Sachverständiger einen Preis von 2,10 M., also 60 Pfg. Erhöhung für den Liter, zugestanden. Weil die Regierung den Bauern den geforderten Milchpreis nicht bewilligt hat, deshalb traten die Bauern in den Streik, gleichgültig ob die Wöchnerinnen, Säuglinge, Kinder und Kranke dadurch zu Grunde gerichtet wurden.

Die Bauern, welche in der Freien Bauernschaft organisiert sind, leisteten der Streikparole ihrer Organisation Folge, indem der Streik am 28. Januar einsetzte und tief in die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung einschritt. Die Arbeit der beantragten Milcheinkammer wurde durch die Streikparolen erschwert. Ablieferungswilliger Bauern wurde von den Streikposten die Milch abgenommen. Man schenkte sogar nicht das vor zurück, die abgenommene Milch in den Straßenrinnen zu gießen.

Die Regierung hatte Vorkehrungen getroffen, um die vorhandene Milch durch Gendarmen mit Beschlag zu belegen. Weit gefehlt. Die Bauern ließen sich die Milch nicht nehmen. In Rörzbach wurden z. B. bei Antritt einer aus Gendarmen und Schulheuten bestehenden Patrouille von einem 14jährigen Putsch die Sturmglocken geläutet. Hierdurch wurden die Bauern der Nachbarörter alarmiert. Durch die Zusammenrottungen und Bedrohungen mußten die Beamten wieder von dannen ziehen.

Ueber die Maßnahmen der Regierung waren die Bauern erbost. Sie sann auf Gegenmaßnahmen. Am Mittwoch, den 2. d. M., morgens früh 9 Uhr, krönten aus allen Gegenden des Zweibrücker Bezirks die Bauern teils zu Fuß, Pferd oder Rad zusammen, um auf dem kleinen Erzezierplatz zu demonstrieren. An dieser Demonstration beteiligten sich gegen 700 Bauern. Der Landesvorsitzende der Freien Bauernschaft Hamm (ehemaliger Leutnant der deutschen Armee) richtete an die Erschienenen eine Ansprache, in der er sie gegen die Regierung und besonders gegen die Gendarmen aufbeiste. Er schloß mit der Parole: Kein Gendarm wird ein Bauernhaus betreten. Es braucht nicht angeführt zu werden, daß diese Aufforderung gegen die Staatsgewalt von den Bauern mit lautem Beifall aufgenommen wurde.

Nach dieser Ansprache kommandierte der Bauernführer im schneidigen Leutnant: Rechts um, ohne Treitt marsch. Nun gings in Bierreihen durch die Stadt Zweibrücken zum Bezirksamtgebäude, um nochmals mit dem Bezirksamtmann zu

Das deutsche Proletariat und die letzten Forderungen der Entente

Mit diesem Thema beschäftigen sich morgen, Sonntag, vormittag 9 1/2 Uhr
Drei Versammlungen der U. S. P. D.

im
Walhalla-Theater, Weinbergsweg
Prachstraße des Ostens, Frankfurter Allee 48
Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15
Arbeiter Berlins! Gestaltet diese Versammlungen zu eindrucksvollen Kundgebungen

gegen den Weltkapitalismus und gegen die neue Kriegsbege!

verhandeln. Die Verhandlung war ohne Erfolg. Darauf gings zum Erzezierplatz zurück. Nochmals wurden fernige Ansprachen an die Bauern gehalten und zum Widerstand gegen die Organe der Regierung aufgefordert. Besonders die Worte Hamms wurden mit großem Beifall aufgenommen, daß die Bauern die Gendarmen am liebsten schon am Montag (den 31. Januar) verhaften hätten. Wegen dieser Reden ist Hamm am selben Tage noch verhaftet worden. Am Freitag, den 4. d. M., erschienen wiederum die Bauern in der Stadt und wollten ihren verhafteten Führer befreien. Schuhmannsangebote jagten die Truppe der Bauern, mitunter aus Frau und Kindern bestehend, auseinander. Auf dem Erzezierplatz, welcher in der Nähe des Amtsgefängnisses liegt, wurde nochmals demonstriert. Von den Führern wiederum die üblichen kräftigen Reden gehalten. Es wurde verlangt, daß Hamm und die an anderen Orten verhafteten Führer freigelassen werden sollten.

Unter den Rednern war auch der Vorsitzende der F. B. Saar, Pflug. Dieser wünschte von den Bauern, daß sie sich mehr nach der Saar orientieren müßten. Die Einwohner der Pfalz wissen auch warum der Bauernführer Pflug dieses wünscht, nämlich, in der Saar werden die Produkte der Bauern höher bezahlt, als in der übrigen Pfalz. Die politischen Gründe wollen wir hierbei ausschalten, doch sind sie zu durchsichtig.

In Rodenhäusen veranstalteten die Bauern dieselbe Demonstration, um den gefangenen Bauernführer Haas aus dem Gefängnis zu befreien. Dieser hatte gegen 400 Liter Milch für die Kranken und Kinder der Stadt Frankenthal bestimmt, in den Straßenrinnen gelassen.

Welches Herz dreht sich nicht im Leibe herum, wenn er von dieser rachslosen Tat des Bauernführers hört. Mit tiefstem Abscheu muß sich ein jeder Kleinbauer von solchen struppelosen Führern abwenden. Solche Gewalttaten müssen im ganzen Lande Empörung gegen diese Kreise auslösen.

In Preußen sind es die Elemente in der Deutschnationalen Volkspartei, die diese Ideale vertreten. Arbeiter Preußens,orgt am 20. Februar dafür, daß solchen Zuständen ein Ende bereitet wird. Wählt Euch keine Kahr, oder Kapp-Regierung. Gebt am Wahltag Eure Stimme der Unabhängigen Sozialdemokratie. Dadurchorgt Ihr dafür, daß in Preußen nicht, wie hier in Bayern, die Reaktion Trumpf wird.

Die Schiebungen mit Druckpapier

Der Streit um die Exportaußenhandelsstelle
In der gestrigen Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats befahte man sich mit den Verschiebungen von Druckpapier ins Ausland. Mit dem Verband deutscher Druckpapierfabrikanten und Exporteure ist ein Abkommen geschlossen worden, daß den Zweck hatte, durch eine kontingentierte Ausfuhr Wertungsgewinne zur Niedrighaltung der Druckpapierpreise für den Inlandsbedarf, besonders der Presse, herbeizuführen. Dieses Abkommen ist dadurch in Frage gestellt, daß im Auslande deutsches Druckpapier 2 bis 2,50 M. das Kilo niedriger als zu dem von der Regierung festgesetzten Preis angeboten wurde. Es sollen 200 bis 500 Waggons verhothen worden sein. Der Reichsbankpräsident erklärte dazu, daß der Umfang der Schiebungen sich noch nicht übersehen lasse, daß aber Beamte der Außenhandelsstellen nicht Mitarbeiter seien, sondern der Fehler im System liege, das weitgehend dezentralisiert und unübersichtlich sei. Außer der Außenhandelsstelle für das Papierfach bestehen drei Außenhandelsstellen für Papiererzeugnisse und daneben noch eine besondere für den Exporthandel. Auf diese Weise geschah es, daß zwei Beamte der Außenhandelsstellen für Papierwaren für eine Kölner Firma auf sonst durchaus vortheilhaftem Wege mehr Ausfuhrbewilligungen für Toilettenpapier erteilt haben, als bei größerer Ueberacht möglich gewesen wäre. Die Kölner Firma, ein altes anerkanntes Haus, war von einem Schieber aufgekauft worden, der die Wertungsbewilligungen gefälscht hatte. Er erwarb Druckpapier im Schleichhandel und verschob es über die Grenzen. Hier aber haben die Grenzbeamten zum Teil ihre Pflicht nicht getan. Viele Ausfuhrbewilligungen müssen mehrmals benutzt worden sein. In ganzen waren 100 Waggons in

einem halben Jahre bewilligt, wieviel darauf ausgeführt worden ist, ist noch nicht zu übersehen. Die Schieber und beteiligten Händler und Fabriken sind bis auf den kleinsten Hauptschuldigen der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Auf eine Frage, ob denn das Druckpapierabkommen nun in Frage gestellt ist, woran die Presse ein großes Interesse habe, da besonders bei allen Tarifverhandlungen die Höhe der Papierpreise immer von den Verlegern ins Feld geführt werde, antwortete Herr Lammer im Laufe der Diskussion, daß das Papier der Presse auch weiterhin fast verbilligt (2,35 bis 2,50 M.) zur Verfügung gestellt werden könne.

Auf eine andere Frage, ob politische Gründe zur Einrichtung der Exportaußenhandelsstelle geführt hätten, antwortete der Reichskommissar verneinend. Die Vertreter der Industrie im Ausschuss traten für Aufrechterhaltung der Ausfuhrkontrolle ein und nahmen zum Teil gegen die Exportaußenhandelsstelle Stellung. Die Vertreter des Handels dagegen wiesen, soweit sie nicht für völligen Freihandel eintraten, auf die Notwendigkeit einer Export-Kontrollstelle hin. Die Arbeiterbewegung legte dar, daß ein Wegfallen der Außenhandelskontrolle ein Ungleiches an die Weltmarktpreise auf allen Gebieten, auch bei den Löhnen, zur Folge haben müsse, wovon die Auswirkungen nicht abzusehen seien. Sie traten für die Kontrolle ein.

Der Spuk von der roten Armee

Hat die Staatsanwaltschaft nichts anderes zu tun?

Am kommenden Montag beginnt vor dem Sondergericht beim Reichsmehrgruppenkommando 2 in Cassel die Verhandlung gegen eine Anzahl von Personen, die am 19. 1. im Ruhrgebiet verhaftet worden sind unter der Beschuldigung, sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 vergangen zu haben. Bereits im Herbst vergangenen Jahres hatte vor dem Casseler Sondergericht ein Prozeß gegen die sogenannten „Düsseldorfer Wanderklubs“ stattgefunden, der jedoch mit einem Freispruch der Angeklagten endete. Für den neuen Prozeß sind mehrere Tage vorgesehen. Die Akten über die Voruntersuchung füllen ganze Bände. Die Namen der Beschuldigten sind: Bergmann Friedrich Harbig, Gärtner Max Klimmüller, Bergmann Alfred Schröder, Lehrer Wilhelm Jaiker, Kontrollhilfe Ernst Lohagen, Expedient Heinrich Rabbich und Kontrolleur Wilhelm Küster. Die ersten sechs Genannten befinden sich in Cassel in Untersuchungshaft. Die Verteidigung werden die Rechtsanwältin Dr. Wolff (Düsseldorf) und Dr. Levy (Essen) führen, außerdem sind zu Verteidigern die Casseler Rechtsanwälte Dr. Fuhs und Kästner bestellt worden. Den Beschuldigten wird zur Last gelegt, es unternommen zu haben: 1. Personen zu einem Verbände militärischer Art zusammenzuschließen; 2. einem Verbände militärischer Art angehört zu haben; 3. Angehörige der Reichswehr und staatlichen Polizei zum Ungehorsam mit vereinten Kräften gegen Anordnungen der zuständigen Dienststellen aufzufordern zu haben. Nach der Anklage soll es bei der kommunistischen Partei eine geheime militärische Organisation geben, die noch im Januar 1921 an die einzelnen Bezirke Leitfäden verandt habe. Sämtliche Angeklagte sollen der Roten Armee angehören, die allerdings noch nicht überall fertig organisiert sein soll.

Es ist anzunehmen, daß auch dieser Prozeß mit einer Blamage für die Staatsanwaltschaft enden wird. Gegen die Leiter der Organe und des Selbstschutzes, gegen die Rebellenführer von rechts unternimmt sie nichts, und der Kampf gegen Schieber und Bucherer läßt ihr soviel Zeit, daß sie sie mit Spitzelprojekten ausfüllen muß.

Der Essener Ausnahmeprozess

Essen, 11. Februar.
In der heutigen Verhandlung des sogenannten Wasserturnprozesses wurde die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Verteidiger Dr. Levy stellte den Antrag, den General v. Watter vom Wehretreikommando Münster und den Major Wulf von der grünen Sicherheitspolizei in Essen als Zeugen zu laden zum Beweise dafür, daß beide auf Seiten der Kapp-Regierung gestanden hätten, daß also im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die verfassungsmäßige Regierung mit Waffengewalt angegriffen wurde und die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt hätten, die verfassungsmäßige Regierung sogar mit Waffengewalt zu schützen. Ueber den Antrag wird morgen entschieden.

Freie Vieh- und Fleischzufuhr

Durch eine Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft wird mit Wirkung vom 15. Februar 1921 ab die Einfuhr von lebendem Schlachtvieh, Lämmern, Schafen, Ziegen, Schweinen, frischem Fleisch, Schweinehälften, Schaffleisch, Schweinepied, frisch oder einfach zubereitet, Schweineelonen, Talg von Kindern und Schafen freigegeben. Von diesem Zeitpunkt ab bedarf es also einer Einfuhrbewilligung für diese Waren nicht mehr. Jedoch sind die bestehenden sanitäts- oder leuchtstoffrechtlichen Vorschriften auch in Zukunft zu beachten. Mit Rücksicht auf diese Regelung erübrigt sich auch die Beibehaltung der Bundesratsverordnung über die Einfuhr von Vieh, Fleisch sowie Fleischwaren vom 18. März 1916 und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen, die ebenfalls außer Kraft gesetzt werden.

Aus der Internationale

Internationale sozialistische Jugendkonferenz
Der Wiener „Abendzeitung“ zufolge beruft der Vorstand des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands im Einvernehmen mit anderen sozialistischen Jugendverbänden für den 26. Februar eine internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen nach Wien ein.

Die Geschlossenheit der italienischen Partei

Der Mailänder „Quanti“ kann täglich aus Sektionen und Provinzen melden, daß meist nur ein ganz geringfügiger Teil der bisherigen Mitglieder zu den Kommunisten abgewandert ist und daß fast überall die Organisationen geschlossen hinter der alten Partei stehen. Dabei benutzt die italienische Partei die in Livorno vollzogene Erholung in einer gründlichen Reinigung der Parteireihen. Wer bei der Abstimmung nicht für die Resolution Serrati oder Balbo gestimmt hat, geht des Mitgliedsrechts verlustig und muß sich erneut einschreiben lassen.

Blutige Kämpfe zwischen Arbeitern und Frontkämpfern in Teles. Die Gebäude des Arbeiterblattes „Lavoratore“ wurden von ehemaligen Frontkämpfern niedergebrannt. Zwischen beiden Parteien haben blutige Zusammenstöße stattgefunden, bei denen Handgranaten geschleudert wurden. Alle Maschinen sind verpulvert worden. Die Gebäude sind vollständig niedergebrannt. Es wurden 51 Verhaftungen vorgenommen.

In den nächsten Tagen erscheint:
Agrarfrage und Sozialismus
Von Alexander Stein
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2

Groß-Berlin

Protest gegen die Schulreaktion

Am Dienstag nahmen in einer öffentlichen gutbesuchten Versammlung in den Pharusälen die Elternbeiräte Groß-Berlins Stellung zu der Verzögerung der Bestätigung des Oberstadtschulrats Paulsen und zur Schulreaktion. Der Referent Genosse Dr. Löwenstein wies darauf hin, wie das Bürgertum seine Machtposition, ganz besonders die auf kulturellem Gebiet, mit Zähnen und Klauen verteidigt. Nicht so das Proletariat. Es sieht den Kulturfragen immer noch mit einer Gleichgültigkeit gegenüber. In politischer Beziehung scheint jetzt das Proletariat aus der Verhargie zu erwachen, möge es endlich auch auf kulturellem Gebiet geschehen.

In welcher Weise die Reaktion schrankenlos alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwendet, zeigt die Ausnützung des Bestätigungsrechts der oberen Beamten und Magistratsmitglieder in den Selbstverwaltungskörpern. Als Beispiel führte Genosse Löwenstein also an: Dr. Wende, ein Vertrauensmann und Lehrer, wurde in Hamm zum Schulleiter gewählt, die Lehrer ihm erhoben hiergegen Einspruch, weil der Mann sich als ungeeignet erweist. Der Kultusminister aber behauptete, die Bestätigung nicht verlangen zu können, weil Dr. Wende der Vertrauensmann der Stadtverordneten, also einer Selbstverwaltungskörperschaft sei. Anders bei dem Genossen Löwenstein, der der Vertrauensmann der Stadtverordnetenversammlung von Berlin war, aber als Dissident, ehemals jüdischen Glaubens und Sozialist, den Reaktionsären von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten unangenehm war. Also nur dann, wenn es sich um den Vertrauensmann des Proletariats handelt, nicht aber, wenn es der Vertrauensmann kirchlicher Kreise ist, wird das Bestätigungsrecht benutzt.

Genosse Löwenstein sagte: „Jetzt aber kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, daß Wilhelm Paulsen bestätigt worden ist. (Langanhaltender Beifall.) Mit ihm bekommen wir den rechten Mann an die Spitze, der in unserem Sinne, im Sinne der Gemeinschaftsschule, arbeiten wird. Wir werden sie nicht offiziell zugebilligt erhalten, aber es ist Sache des Proletariats, sie sich zu schaffen. Deshalb die Forderung: stellen Sie sich geschlossen hinter den neuen Oberstadtschulrat und seine Maßnahmen, und beeinflussen Sie auch die Eltern, ihre Wähler, daß sie sich mehr als bisher um diese Fragen kümmern und ihnen das richtige Interesse entgegenbringen! Nicht das Parlament, nicht das Gesetz schafft uns neue Schulen, sondern nur die einmütige Zusammenarbeit und der Wille des Proletariats. Deshalb sorgen Sie dafür, daß am 20. Februar recht viel von den Vertretern der U.S.P.D. in die Landesversammlung einziehen, damit der Wille bei dem neuen Schulgesetz respektiert wird.“ (Starker Beifall.)

Der Antrag, keine Debatte stattfinden zu lassen, wurde angenommen. Unter Verschiedenem werden noch eine Anzahl Einzelfragen angeschnitten, die Genosse Löwenstein beantwortete. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die in den Pharusälen versammelten Elternbeiräte und Lehrer bringen ihre Entrüstung über das schamlose Vorgehen der Reaktion in Preußen zum Ausdruck. Diese Reaktion zeigt sich in dem Vorgehen der Regierung gegen das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden im Falle der Nichtbestätigung Löwensteins und in der Verschleppung der Bestätigung Wilhelm Paulsens. Sie zeigt sich ferner in der Verzögerung der Landes- und Reichsschulgesetzgebung, die die gesetzmäßige Grundlage für die Einheits- und weltliche Schule schaffen sollte. Wir werden mit allen Mitteln den Kampf gegen die politische Reaktion und das kirchliche Rudertum aufnehmen, die unter dem Deckmantel der christlichen Schule auch lernerhin unsere Jugend zu gefügigen Instrumenten ihrer Klassenherrschaft drillen möchten. Wir verlangen von der Regierung die strikte Durchführung der weltlichen, einheitlichen Arbeitsschule gemäß der von ihr versprochenen Verfassung, nach der weder die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung, noch das Religionsbekenntnis der Eltern für die Aufnahme eines Kindes in die Schule maßgebend sein darf. Nicht, ob jemand Christ, Jude oder Dissident ist, sondern ob er vom Vertrauen der Mehrheit gewählt ist, darf für die Bekleidung öffentlicher Ämter maßgebend sein.“

Der Verhöhnung der Demokratie durch die herrschende Regierung sehen wir die Diktatur des Proletariats zur Herbeiführung einer wirklichen Demokratie entgegen.“

Es wurde ferner eine Resolution angenommen, die den Magistrat auffordert, alle von anderen Körperschaften belegten Schulräume sofort frei zu machen, damit die Schulen auch wirklich ihrem Zweck als Unterrichtsstätten dienen können.

Im Kinderland

Zu dem Artikel der „Vossischen Zeitung“ Nummer 33 vom Jahre 1920 erhalten wir von dem Betriebsrat des Kaiser-Friedrich-Krankenhaus eine längere Zuschrift, nach der die Zustände in diesem Krankenhaus anscheinend sehr verbesserungsbedürftig sind. Der Betriebsrat sieht sich genötigt, an die Öffentlichkeit zu gehen, da er nach seiner Angabe alle Beschwerdemöglichkeiten ohne Ergebnis erschöpft hat. Wir wollen einige der uns mitgeteilten Fälle auszugswise wiedergeben; vor allem wendet sich der Betriebsrat gegen die rosigte Schilderung, die seinerzeit die „Voss. Zeitung“ brachte, als sei das Krankenhaus ein Paradies für die Kinder.

Es heißt in der Zuschrift u. a.: Auf den Antrag der Küchenkommission des Krankenhauses, eine Kontrolle für die restlose Abgabe der nach ärztlicher Verordnung an Kranke zugewiesenen Lebensmittel, wie Butter, Eier, Milch einzuführen; antwortete die Frau Oberin mit Entrüstung und einer Protestversammlung der Oberschwester gegen die Küchenkommission am gleichen Tage. Wie „Joehasi“ sich die gute Frau Oberin auf ihrer Station zeigt, beweist, daß Kinder geschlagen werden, daß ein Kind von der guten Frau Oberin selbst solange mit einem Holzspannstoß geschlagen worden ist, bis es blutete; dieses ist vor dem Personal preisgegeben worden, weil es die eigne Behandlung durch die Oberschwester nicht mehr ertragen kann. Die Kinder sind vollkommen eingeschüchtert.

Eine eigene Art, Kinder zu strafen, hat die Oberschwester Anna Schulz der Station 15. Wegen kindlicher Ungehorsamkeiten werden die Kinder in ein leeres Zimmer geführt und werden mit Frühstücksentziehung bestraft (es handelt sich um Kranke Kinder!). Kurz vor der Visite werden die Kinder in den Saal geführt, bekommen dann als Beruhigungsmittel ein Stück Reis in die Hand gedrückt, um dem Professor und Arzt die Handlungswiese zu verulken. Der Arzt fängt Eier für Schwerkranke, so darf die Oberschwester acht Eier, die fast sind, wegwerfen, ohne dieselben in der Küche gegen gute einzutauschen. So bleiben die Kranken gegen ärztliche Verordnung ohne Eier.

Wie wenig menschliches Mitlempfinden die Oberschwester Anna Schulz hat, beweist folgender Fall: Eine Pflegerin bekam auf der Station einen Ohnmachtsanfall. Hilfesuchende Pflegerinnen kamen hinzu, die jedoch von der Oberschwester in barscher Art von der Kranken weggeführt wurden. In Gegenwart von mehreren Anwesenden wurde die Kranke als hysterisch bezeichnet. Die Oberschwester äußerte sich weiter, die Pflegerin verstelle sich nur. Im übrigen können hysterische Kranke in einem Krankenhaus nicht beschäftigt werden. Der Hausarzt stellte jedoch Nervenlähmung fest. Auf die Beschwerde bei der Direktion lautet der Befehl: „Die Oberschwester hat nur das Beste gewollt“. Die Oberschwester darf also Kranke beschimpfen und darf die Hilfe weiter unterbinden. Die Oberschwester stellt die Diagnose — und der Professor sagt ja.

Da der Betriebsrat ausdrücklich mitteilt, daß alle Beschwerden über diese Vorkommnisse in dem „Kinderland“, wie die „Vossische Zeitung“ das Krankenhaus nannte, von der Leitung als „Stänkereien“ und „Terror“ bezeichnet und abgelehnt wurden, möchten wir an die Veröffentlichung eines Teiles der Zuschrift die nachdrückliche Erwartung knüpfen, daß das Krankenhaus durch eine eingehende Untersuchung der Vorkommnisse wirklich zu einem erträglichen Aufenthalt gemacht wird.

Rechtssozialistische Sorgen um das Bürgertum

Der „Vorwärts“ liefert sich in seiner Abendausgabe vom Dienstag, den 8. Februar, in einem —astr. gerechneten Bericht über die Wahlen des Bezirksamtes im 1. Verwaltungsbezirk einige schöne Eingeständnisse und eine grobe Unwahrheit. Das Blatt schreibt:

„Das erste Bezirksamt Berlins, das nach seiner Bestätigung in das eigene Haus „An der Stralauer Brücke“ einziehen wird, ist nach schweren Kämpfen in den Kommissionen nunmehr gebildet. Die Entscheidung hat bei der S.P.D. gelegen, die überall den Ausschlag zu geben hat. Die Fraktion der S.P.D. war an zentrale Bereicherungen gebunden, sie ließ sich aber vor allem von der Auffassung leiten, bei dem Stimmenverhältnis von 31 zu 39 Wisse oder Rechte, den Reichsparteien den ihnen zahlenmäßig zustehenden Einfluß zu erhalten.“

Nach dieser Darstellung des „Vorwärts“ ist es denn doch notwendig, die Dinge einmal wahrheitsgemäß zu behandeln. Bei der Verteilung der sieben besetzten Stadtratsposten machte unsere Fraktion den beiden anderen sozialistischen Fraktionen den Vorschlag, der bürgerlichen Rechte zwei Sitze zu konzessieren, während die restlichen fünf analog ihrer Stärke auf die sozialistischen Fraktionen verteilt werden sollten. Die S.P.D. so wohl wie auch die Kommunisten akzeptierten diesen Vorschlag. Die ersten Verhandlungen in der Kommission wurden auch in dem Sinne gepflogen. Plötzlich kamen der S.P.D. Bedenken. „Den Reichsparteien müsse der ihnen zahlenmäßig zustehende Einfluß unter allen Umständen gesichert werden.“ rief es. Alle Einwände von unserer Seite, daß man sich in den Bezirksversammlungen mit bürgerlicher Mehrheit bezüglich wenig darum kümmern wird, daß bei der Verteilung der besetzten Bezirksratsposten die linken Fraktionen entsprechend ihrer Stärke berücksichtigt werden, wurden in den Wind geschlagen. Die S.P.D.-Fraktion verabschiedete auf den ihr zustehenden Posten eines besetzten Stadtrats, sie lehnte es auch ab, den ihr von uns angebotenen Posten des 2. Bürgermeisters zu befehlen, um nur gar den Bürgerlichen den ihnen „zahlenmäßig zustehenden Einfluß zu sichern“.

Es ist also die glatte Unwahrheit, wenn das Blatt schreibt: „Die S.P.D. hätte auch einen 2. besetzten Stadtrat durchbringen können, den sie jedoch den Kommunisten überließ, um diese zur Mitarbeit heranzuziehen.“

Ich nein, verehrter „Vorwärts“, so liegen die Dinge in Wirklichkeit denn doch nicht. Nicht um die Kommunisten zur Mitarbeit heranzuziehen, hat die S.P.D.-Fraktion auf den 2. besetzten Stadtratsposten verzichtet, sondern um bei den Bürgerlichen, denen sie sich schon sehr nahe verwandt fühlt, nur gar kein Argernis oder Anstoß zu erregen, hat man diese an Selbstentmannung grenzende Zurückhaltung geübt!

Zur Wahl des Rämmerers

Unter dem Vorsitz des Stadtd. Walder-Manasse tagte am Freitag im Rathaus der 25. Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl des Rämmerers von Berlin, anstelle des zum Oberbürgermeister von Berlin gewählten Rämmerers Koch. Vorgeschlagen wurden u. a. der Rämmerer Scholz-Charlottenburg (siehe 1. Bürgermeister in Charlottenburg) und — der bekannte Bankbeamte Emonis. Nach eingehender Beratung wurde einstimmig beschlossen, die Stelle des Rämmerers von Berlin öffentlich mit einer achtstägigen Frist auszufreiben. Bewerbungen nimmt der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl, Rathaus, entgegen.

Stadtschulräte

Als Stadtschulräte für die Stadtgemeinde Berlin kommen für die vier in Aussicht genommenen Dejernate: Gemeindeforschulwesen, höheres Schulwesen, Hoch- und Fortbildungsschulwesen und das gesamte Mädchenschulwesen als Bewerber in Vorschlag: Stadtschulrat Dr. Buchenau-Kenffeln, Rektor J. Krahel-Neußeln, Prof. Dr. Herring und Hr. Siemen-Dortmund. Von anderer Seite werden Gegenworschläge gemacht und drei andere bekannte Pädagogen genannt.

Die juristischen Sprechstunden finden mit Ausnahme von Sonnabend täglich von 3 bis 7 Uhr nachmittags statt.

Ausdehnung der Nudelspeisung. Die seit März 1920 bestehende Speisung der Kinder bis zum 14. Lebensjahre durch die amerikanische Kinderhilfskommission der Freunde (Quäker), ist nunmehr auch auf die Jugendlichen der Hoch- und Fortbildungsschulen bis zum 18. Lebensjahre ausgedehnt worden. Die Ausgabe der Speisen erfolgt in den hierzu eingerichteten 10 öffentlichen Speisestellen. Zur Erzielung der einheitlichen Arbeit in den einzelnen Speisestellen und zur Durchführung der Kontrolle der Speisenden, werden in diesen Stellen, so wie es in den Speisestellen der Kleinkinder und Mütter der Fall ist, Schriftführerinnen eingestellt werden. Der Magistrat hat bei der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung der erforderlichen Mittel beantragt.

Verwaltungsbereich 19. Pantom, Jugendweiche! Der Vorbereitungsunterricht für die Kinder, die an der Jugendweiche teilnehmen, findet jeden Sonntag vormittag 10 Uhr in der Mittelschule Pantom, Eingang Neue Schönholzer Straße 10, statt. Anmeldungen zur Jugendweiche werden beim Unterricht noch angenommen. Eintrittskarten zur Jugendweiche für Erwachsene 2 M., Kinder 0,50 M., sind in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft sowie in den „Freiheit“-Expeditionen von Pantom und Niederschönhausen zu haben.

Verlorene Wahlsondellen. Der Genosse W. Lehmann hat beauerlicherweise in einer elektrischen Straßenbahn seine Wahlenliste liegen lassen, in der u. a. auch von uns herausgegebene Agitations- und Wahlsondellen enthielten waren. Die Listen tragen die Nummern 2414 bis 2433. Weiter machen wir noch

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew
Deutsch von Dr. D. D. Vossler

(Fortsetzung.)
Als der Wein und die Früchte gebracht waren und die aus irgendeinem Grunde verspätete Ljuba eingetreten war, schloß er die Tür — vorerst nur mit dem Riegel — und sagte:

„Nun also — trinken Sie, Ljuba. Bitte...“

„Und Sie?“ fragte erstaunt das Mädchen und streifte ihn schnell feilich mit dem Blicke.

„Später. Sie müssen nämlich wissen, daß ich zwei Nächte durchgedummet habe... ich schlief gar nicht und nun...“ er gähnte ganz schrecklich, als wollte er sein Gebiß verrenken.

„Nun?“

„Ich will nur ein ganz wenig... nur ein Stündchen...“

Trinken Sie, bitte, genießen Sie sich nicht. Nehmen Sie auch von dem Obst. Warum nehmen Sie denn so wenig?“

„Und darf ich in den Saal gehen? Dort gibt es bald Musik.“

Das war nun unbequem. Man würde von ihm, dem sonderbaren Besucher, der sich schlafen gelegt hatte, zu reden beginnen... des Langen und Breiten zu reden — das war entschieden unbequem. Und er hat, das Gähnen leicht unterdrückend, das seine Kiefern auseinander trampfte, liebenswürdig und mit Beherrschung:

„Nein, bitte Ljuba, ich möchte Sie bitten, dazubleiben. Ich schlafe nämlich sehr ungen im Zimmer ganz allein. Das ist natürlich nur eine Laune, aber Sie werden mir verzeihen...“

„Aber ich bitte Sie, warum denn nicht? — Sie haben ja doch bezahlt.“

„Ja, ja“ — er errötete zum dritten Mal — allerdings. Aber nicht darum handelt es sich. Und... wenn Sie wollen... Sie können sich ja auch niederlegen. Ich will Ihnen Platz lassen... Nur bitte ich Sie, sich an die Wand zu legen. Macht es Ihnen nichts?“

„Nein, ich will nicht schlafen. Ich werde so ein wenig sitzen.“

„Lesen Sie doch etwas.“

„Hier sind keine Bücher.“

„Wollen Sie die heutige Zeitung? Ich habe sie... hier. Es steht manches Interessante darin.“

„Nein, ich mag nicht.“

„Nun, wie Sie wollen... Sie müssen es ja besser wissen... Aber ich werde... wenn Sie gestatten...“

mit diesen Worten spritzte er die Tür doppelt ab und steckte den Schlüssel in seine Tasche. Den seltsamen Blick, mit dem das Mädchen sein Tun beobachtete, bemerkte er gar nicht. Ueberhaupt schien ihm diese ganze höfliche, gemessene Unterhaltung, die an diesem traurigen Orte, wo selbst die Luft ganz trüb und dick war vom Weindunst und wüsten Schimpfreden — widerstrebend anmutete — ganz natürlich und einfach, und völlig überzeugend zu sein. Immer mit der gleichen Höflichkeit, wie bei einer Sooptarte mit jungen Damen, schlug er leicht die Rockfalten auseinander.

„Würden Sie mir vielleicht gestatten, den Rock abzulegen?“

Das Mädchen zog leicht die Brauen zusammen.

„Aber bitte. Sie sind doch...“ aber sie sprach nicht zu Ende.

„Und die Weste? Sie ist sehr eng.“

Sie antwortete gar nicht mehr, sondern zuckte leicht mit den Achseln.

„Hier ist meine Brieftasche... Geld... Seien Sie so freundlich, bewahren Sie das bei sich auf.“

„Sie sollten es lieber im Kontor abgeben, bei uns tun es alle so.“

„Wozu das?“... Er sah das Mädchen an und mußte ganz verlegen die Augen senken... „Ach, ja... ja... nun, das ist ja alles Unsinn...“

„Wissen Sie auch, wieviel Geld Sie darin haben? Denn es gibt Männer, die es nicht wissen, und die dann...“

„Ich weiß, ich weiß... Aber wie können Sie nur...“

Er legte sich nieder, wobei er rücksichtsvoll den Platz an der Wand freiließ. Und der entglückte Schlaf legte breit lächelnd seine weichjottige Wange an die seine — die eine erst und dann die andere — umarmte ihn sehr, kitzelte leise an seinen Knien und legte still und wonnig sein weiches diabolisches Fell auf seine Brust. Er mußte auslachen.

„Weshalb lachen Sie?“ fragte das Mädchen mit gezwungenem Lächeln.

„... Es ist sehr gut... Was haben Sie doch für weiche Völkler! Nun kann man wohl auch ein wenig plaudern. Weshalb trinken Sie nicht?“

„It es mir auch erlaubt, die Nase auszustrecken? Gestatten Sie es? Sonst dürfte ich noch lange hier so sitzen!“ — In ihrem Tonfall war ein leichter Spott bemerkbar. Aber seine arglosen Augen und sein zuvorkommendes „Bitte sehr!“

ließen sie ernst und einfach erklären: „Mein Korsett ist nämlich sehr eng. Sonst bleiben am Körper Striemen.“

„Aber selbstverständlich, — natürlich — aber ich bitte sehr.“

Er wandte sich etwas zur Seite und errödete wieder. Sei es, daß die Schlaflosigkeit seine Gedanken so verwirrte, sei es, weil er mit seinen sechsundzwanzig Jahren wirklich so nativ war, schien ihm auch dieses: „ist es vielleicht erlaubt?“ natürlich in einem Hause, wo doch alles erlaubt war und keiner bei dem andern um Erlaubnis zu bitten pflegte. Die Seite raschelte hörbar und die Hüften knarnten beim Dehnen des Korsetts. Dann ertönte die Frage:

„Sind Sie vielleicht Schriftsteller?“

„Was? Schriftsteller? Nein, ich bin kein Schriftsteller. Wieso? Lieben Sie die Schriftsteller?“

„Nein. Ich mag sie nicht.“

„Warum denn nicht? Es sind Menschen — er gähnte unständig — ganz anständige Menschen.“

„Wie heißen Sie?“

Erst ein Schweigen, sodann eine schlaftrüge Antwort: „Kennen Sie mich? ... nein, — Peter, Peter.“

Und wieder eine Frage:

„Und was sind Sie? Ja, — was sind Sie?“

Das Mädchen fragte leise, aber aushorchend und bestimmt und ihre Stimme machte den Eindruck, als rüde sie ganz dicht und plötzlich an den Liegenden heran. Aber er hörte sie schon gar nicht mehr, er begann einzuschlafen. Der dämmernde Intellekt flackerte noch für einen Augenblick auf und erschaute diese beiden Tage und die beiden Nächte der rasenden Heißhagel in einem einzigen Bilde, worin Zeit und Raum in ein buntes Gemenge von Schatten, Licht und Dunkel, Bewegung und Ruhe, von Menschen und unendlichen Straßen, von rotierenden Rädern zusammenfloßen.

Und plötzlich verstummte das alles, verfinsterte sich und verflank — und in weichem Halbdunkel, in der tiefsten Stille zeigte sich ihm einer von den Sälen der Gemäldegalerien, wo er gestern zwei Stunden Ruhe vor den Häusern hatte. Ihm war, als läge er auf einem rosafarbenen, ungewöhnlich weichen Diwan und als blide er, ohne den Blick abzuwenden, auf irgend ein großes, schwarzes Gemälde; und von diesem alten, mit Rissen bedeckten Gemälde ging eine solche Ruhe aus, die Augen rasteten davor so gut aus, und die Gedanken ruhten so sanft, daß er, schon im Einschlafen, sich doch einige Augenblicke gegen den Schlaf wehrte, vor ihm eine unbestimmte Angst hatte, wie vor einer unbekanntem, drohenden Beunruhigung.

(Fortf. folgt.)

darauf aufmerksam, daß der Genosse **Werkhan** aus Senzig die Nummern 1869 bis 1871 in Berlin verloren hat. Wir bitten die Genossen, obgenannte Listen anzuhalten und in unserem Bureau, Breite Straße 8-9, dem Kassierer **Richard Herz**, sofort davon Mitteilung zu machen.

Jugendweize. Die Vorbereitungsarbeiten, Sonntag vormittag 10 Uhr, Schulaula Pappelallee 41-42. Eltern dürfen daran teilnehmen.

Vollversammlung sämtlicher Helfer und Helferinnen der Kinderhilfskommission, am Sonntag, den 13. Februar, mittags 2 Uhr, im Bürgercafé des Rathauses. Die blaue Ausweisfarbe ist am Eingang vorzuzeigen. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, Genossin **Demning**. 2. Neuaufbau der Kinderhilfskommission. 3. Diskussion. 4. Unsere Arbeit in der Gemeinde, Genosse **Weg**. 5. Stellungnahme zur Neuwahl des gesamten Vorstandes.

Eine dunkle Geschichte. Zu der unter dieser Spalte gebrachten Nachricht unseres gestrigen Morgenblattes teilt uns der Reichsarbeitsnachweis für Offiziere („Kano“) mit, daß er Wert auf die Feststellung legt: Weder irgendetwas mit der Orgel zu tun zu haben, noch überhaupt eine Vereinerung von Offizieren zu sein, wie etwa der Deutsche Offizier-Bund oder der Nationalverband Deutscher Offiziere. Er ist vielmehr eine wirtschaftliche Organisation mit der Aufgabe der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung ehemaliger See- und Marineangehöriger. Mit dem Vorfall in Wannsee hat der „Kano“ nichts zu tun.

Falsche Beamte! In der letzten Zeit sind mehrfach Personen, die sich als Beamte des Umstehertamies ausgeben, namentlich an kleine Geschäftsleute herangeritten, um Bücher einzusehen. Die drei „Beamten“ ließen dabei durchblicken, sie würden gegen eine entsprechende Abfindung dafür Sorge tragen, daß die Steuer möglichst gering bemessen werden würde. Beamte des Umstehertamies Berlin, die zu Buchprüfungen berechtigt sind, müssen einen mit Lichtbild versehenen Ausweis bei sich führen, und auf Verlangen vorzeigen. In minder wichtigen Fällen führen sie einen mit der Unterschrift und dem Dienststempel des Amtes versehenen Ausweis. Jeder Beamte, der sich nicht einwandfrei ausweisen kann, ist zweifellos der nächsten Polizeistation zur Feststellung zu übergeben.

Hochzeiter und Trauzuge als Einbrecher. Bei dem Kunsthändler **Willy Marlies** in der Halleschen Straße 6 waren Einbrecher eingedrungen und hatten aus der unbeaufsichtigten Wohnung Silberfächer, Teppiche und andere wertvolle Sachen im Gesamtwert von 50 000 M. gestohlen. Die Aufführung dieses Einbruches ergab eine interessante Feststellung. Bei dem Kunsthändler war ein junger Mann namens **Hen** beschäftigt gewesen, der einem Bekannten, dem Arbeiter **Kluge** aus der Werneudener Straße, der kürzlich geheiratet hat, an der Hochzeitstafel davon gesprochen hatte, daß der Kunsthändler am nächsten Tage außerhalb wachen und die Wohnung unbeaufsichtigt sein würde. Noch bei der Hochzeitsfeier wurde der Plan gefaßt, die „Gelegenheit“ auszunutzen. **Kluge** und sein Trauzuge, ein gewisser **Gratjewski**, trafen sich am anderen Nachmittage und schloßen die Wohnung des Kunsthändlers mit Dietrichen auf. Aus dieser stahlen sie so dann Silberfächer, Teppiche usw. und brachten die Beute zu einem Kaufmann **Jessen** in Charlottenburg, der sie an einen gewissen **Weinrebe** weitergab. Das Silberzeug endete in einer Schmelze, während die Teppiche und die anderen Sachen noch unbeschädigt beschlagnahmt werden konnten.

Verhinderte Millionenübergaben. Nachdem erst vor einigen Wochen das Landespolizeiamt beim Ministerium des Innern eine Fallbezugsliste für Ein- und Ausfuhrbewilligungen aufgehoben hatte, ist ihm abermals die Festnahme einer Fallbezugsliste gelungen. In dem früheren Falle handelte es sich um eine Schieberliste, die ihren Ausgangspunkt in der Person des Kanzleihilfen **Dufner** hatte, der im Bureau des Reichsstatistikamts für Aus- und Einfuhrbewilligung, Hildebrandstraße 25, aushilfsweise beschäftigt war und in unbewachten Augenblicken die Stempel und Druckpreise mißbrauchte. Ihm konnten noch 11 Bewilligungen, die in Berliner Schieberkreisen an den Mann gebracht werden sollten, abgenommen werden. Der Gesamtwert der Fällungen belief sich auf 26 Millionen Mark. Infolge des schnellen Eingreifens des Landespolizeiamts war den Abnehmern der falschen Urkunden, darunter einer hiesigen angesehenen Aktiengesellschaft, nur in einzelnen Fällen die Ausfuhr geglückt.

Prüfende Beamte. Zu unserer, unter obigem Titel gebrachten Notiz in Nr. 69, teilt die Presse-Abteilung des Polizeipräsidiums mit, daß eine dienstliche Untersuchung eingeleitet ist, von deren Ergebnis hoffentlich bald Mitteilung gemacht wird.

Soeben erschienen:
Wir demonstrieren!
5 Lieder für Massengesang
Preis 50 Pfennig
Wiederverkäufer hoher Rabatt
BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“
BERLIN C 2 Breite Str. 8-9

Gewerkschaftliches

Streik in den Geldschrankfabriken und Schlossereien

Die Angestellten der Geldschrankfabriken und Schlossereien, die seit dem Juni vorigen Jahres keinerlei Gehaltsaufbesserungen mehr erhalten hatten, stellten Anfang Dezember nach vorhergegangener Kündigung des Tarifvertrages Gehaltsforderungen auf, die sich trotz der seit dem letzten Tarifabschluß eingetretenen starken Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse in bescheidenen Grenzen hielten. Die Arbeitgeber, die besonders in den Geldschrankfabriken nach Angabe ihrer eigenen Vertreter seit geraumer Zeit bei einer Hochkonjunktur zu erfreuen haben und glänzende Geschäfte machen, boten den Angestellten einige Vortelppennige, indem sie sich lediglich zu einer zehnprozentigen Erhöhung der völlig unzureichenden bisherigen Gehälter bereit erklärten. Auch mieteten sie den Angestellten zu, anstatt der Tausende von arbeitslosen Kollegen sich mit einer Arbeitszeitverlängerung einverstanden zu erklären. Hiermit nicht genug, forderten sie auch noch, daß die Lehrlinge, die bisher im Tarifvertrage mit erfasst wurden, ihnen zur uneingeschränkten Ausbeutung überlassen würden.

Der von den Angestellten angerufene Schlichtungsausschuß fällt einen Schiedspruch, der eine zwanzigprozentige Gehaltserhöhung vorsah. Aber auch diese so bescheidene Erhöhung war den sicherlich nicht notleidenden Arbeitgebern schon zu hoch, und so lehnten sie den Schiedspruch ab. Die Angestellten sahen sich nunmehr nach Erschöpfung aller friedlichen Mittel zur Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel veranlaßt, boten aber den Arbeitgebern in letzter Stunde nochmals die Möglichkeit, durch ihre Verhandlungsbereitschaft den Streik zu vermeiden. Allerdings mußten die Angestellten auf Grund der mit den Arbeitgebern bisher gemachten Erfahrungen für diese Verhandlung eine feste Verhandlungsgrundlage fordern. Diese wurde jedoch von dem Arbeitgeberverband abgelehnt, und so traten nunmehr die Angestellten, deren Geduld endlich erschöpft war, am Freitag mittag in den Streik.

Soweit die Angestellten von Kleinbetrieben nicht mehr rechtzeitig direkt benachrichtigt werden konnten, werden sie hiermit aufgefordert, sich diesem von den unterzeichneten Organisationen geführten Streik unverzüglich anzuschließen.

Die Zentral-Schlichtung tagt im Restaurant „Schwedenzelt“, Berlin N. 20, Schönebergstraße 1 (Telephon Roabit 1486). Auskünfte sind dort einzuholen. Die erste Versammlung der Streikenden findet am Sonnabend, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr im Saale der Löwen-Brauerei, Badstr. 6, Ede Hochstraße, statt. Erscheinen ist für alle Streikenden unbedingte Pflicht.

Ortsrat des Afa-Bundes, Deutscher Werkmeisterverband, Bund der Techn. Angestellten und Beamten, Zentralverband der Angestellten.

Der Streik in der Herrenkonfektion

In einer großen Streikversammlung, die am Freitag im großen Saale der Brauerei Königsstadt stattfand, nahmen die Streikenden der Herrenkonfektionsbranche den Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bewegung entgegen.

Der Bevollmächtigte des Bekleidungsarbeiterverbandes **Fischer** betonte in seinem Bericht, daß der Streik über alle Berliner Betriebe restlos durchgeführt ist. In Berlin stehen etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche im Kampf. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sei auch im Reich der Streik fast restlos durchgeführt. Diese Kampfschloßheit hat dem Unternehmertum keinen gelinden Schreck in die Glieder gejagt, wie es deutlich aus ihren Berichten in der bürgerlichen Presse zu ersehen ist. Nach berühmtem Muster versuchen nun die Unternehmer bei den Streikenden dadurch Einbruch zu machen, daß sie mit Entlassungen drohen. Daß diese nicht ernst zu nehmen sind, geht aus einem derartigen Entlassungsbescheid hervor. Eine Firma teilt darin ihren Arbeitern mit, daß sie vom Arbeitgeberverband die Anweisung bekommen habe, die Entlassungen auszusprechen; „um der Form zu genügen, komme sie hiermit dieser Anweisung nach“. Diese Tatsache beweist, daß die Sprengungsversuche der Unternehmer einen Schlag ins Wasser bedeuten. So geschlossen wie der Kampf aufgenommen worden ist, wird er auch durchgeführt werden bis zum siegreichen Ende! (Starker Beifall.)

In der Diskussion teilte **Blögg** vom Hauptverband der Bekleidungsarbeiter mit, daß im Reich etwa 400 Betriebe mit 50 000 Beschäftigten am Kampf beteiligt sind. Sehr erfreulich ist es, daß auch der Verband der Zuschneider, der der Afa angegeschlossen ist, beschlossen hat, sich zentral an dem Streik zu beteiligen. Aus Reuegerungen der Unternehmer sei zu entnehmen, daß für sie die Folgen des Streiks sich schon jetzt empfindlich bemerkbar machen, da die Saisonaufträge nicht erledigt werden könnten. In der weiteren Diskussion wurde mit Genugtuung auf die Einheitslichkeit und Geschlossenheit der Bewegung hingewiesen. Allgemein besteht die Auffassung, daß der Kampf in der Herren-

konfektionsbranche, der den Arbeitern von dem Unternehmertum aufgedrängt worden ist, zu einem guten Ende geführt wird. Der Kampf geht auf der ganzen Linie weiter.

Eisenbahner Berlins!

Beauftragt eure Kollegen zur Generalverlammung am Sonntag, den 13. Februar, für die Liste **Wili Schulz** zu stimmen.

Achtung, Bauarbeiter! Die Steinholzleger und Helfer von Groß-Berlin stehen seit dem 10. Februar 1921 in Streik. Wir erziehen alle baugewerblichen Arbeiter uns in diesem Kampf zu unterstützen und darauf zu achten, daß keine Streikarbeit ausgeführt wird. Die Streikleitung.

Achtung! Buchbinder! Am Montag, den 14. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet in den Vereins- und Konzert-Sälen, Kommandantenstr. 57, eine Verlammlung aller auf dem Boden der U. S. V. stehenden und mit uns sympathisierenden Kollegen statt. Tagesordnung: Die Wahlen im Deutschen Buchbinderverband. Um vollständiges Erscheinen wird ersucht. Der Aktionsausschuß, **J. A. W. Hildebrandt**.

Angestellte der Brotversorgung, Hauptkassener und Zuckerverzorgung, Mitglieder des Zentralverbandes! Der Betriebsrat will die Abstimmung über den Schiedspruch verhindern. Erscheint deshalb heute, am 12. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Goldenen Löwen“, Jüdenstr. 55, zur Abstimmung. Mitgliedsbuch legitimiert. Wer nicht erscheint, geht seines Abstimmungsrechts verlustig. **Fachgruppe II.**

Der Streik in der Lugsopapierbranche beendet. Vor dem Schlichtungsausschuß ist es am 9. Februar zu einer Verständigung gekommen, wonach den jugendlichen Arbeiterinnen statt 4 M. 6 M., den gelübten Arbeiterinnen statt 9 M. 12 M. und den Affordarbeiterinnen 10 M. pro Woche ab 1. Januar gezahlt werden. Bei den Fach- und Hilfsarbeitern sind gegenüber dem früheren Angebot der Unternehmer auf 2 bis 3 M. pro Woche ab 1. Januar mehr bewilligt. Die Herren bescheideten es als Skandalos, daß während der Arbeitszeit die Betriebe verlassen wurden. Wir meinen, die niedere Entlohnung sei eher als Skandalos zu bezeichnen. Verblüfft und empört hat die Herren der einheitliche Wille der 1100 Beschäftigten, wovon etwa 70 Prozent weiblich sind. Trotz der Rot ist die Arbeiterschaft nicht feige und hat durch einen 4 Tage dauernden Streik ihren Willen gezeigt, der für später keine Bedeutung hat. Die Arbeit wurde Freitag früh gelöst und wieder aufgenommen. Bestreikt waren 12 der größten Ringfirmen der Steinbrud- und Photobranche.

Die Streikleitung.

Einigung im Varietégewerbe. Die Verhandlungen im Varietégewerbe haben zu einer Einigung geführt. Es ist eine Mindestgage von monatlich 900 Mark vereinbart worden.

Aus den Organisationen

Sonnabend 12. Februar

- 4. Bezirk. Abteilungsleiter. Abends 5 Uhr Material abholen bei Gollas, Barnimstr. 20.
- 7. Bezirk. Die Genossen, welche nach an der Sachgenossenschaft teilnehmen wollen, werden sich sofort beim Genossen **Dittich**, Kammerstr. 46, Schloßstr. 2. Gruppe, Abends 8 Uhr Funktionserklärung bei **Sammer**, Weingartenstr. 1.
- Reinholdstr. 10. Abends 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre im Volkshaus, Schornsteinerstraße. Sachgenossenschaft vollständig erscheinen zu müssen.

Sonntag, 13. Februar

- Mittelteil. Früh 4 1/2 Uhr Sitzung der Kollationskommission und Gruppenleiter bei **Reumann**, Charlottenburger Str. 112. Erscheinen aller unbedingt notwendig.

Bereinskalendar

Sonntag, 13. Februar

- Reinholdstr. 10. Abends 7 Uhr im Rathaus, Köpenick, Vortrag des Herrn **Paul Kugel**: „Nitz und neue Zeit. Sozialismus: Das „Hoffmanns Buch“ (Hoffmann).“ Bitte mitkommen.
- Sag. Arbeiterjugend Groß-Berlin. Nachm. 5 Uhr in der Arbeiterbildungsstätte, „Freiheit“-Gebäude, Berlin Str. 60, Vortrag über „Sozialistische Bewegung seit der Revolution“. Erscheinen aller Genossen Pflicht.

Lebensmittelkalendar

- Berlin. 600 Gr. amerikanisches Weizenmehl. Ausgabe ohne Rotenanzahlung vom 13. bis 20. Februar in den durch rote Aufhänger kenntlich gemachten Verkaufsstellen, in den Verkaufsstellen der Meierei C. Halle, sowie in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamtenvolksvereins (siehe hierzu Mitteilg.).
- Mitteilg. Sonnabend, den 12. Februar, gelangen die neuen Verordnungen zur Ausgabe. Für den Ostteil Mitteilg. im Lebensmittelamt, Werder Str. 7, in der Zeit von 9-1 Uhr. Für den Ostteil Falkenberg: in der Verkaufsstelle 1, Straße am Falkenberg, in der Zeit von 9-1 und 4-6 Uhr.

Geschäftliches

Auf die heutigen Anträge der Firma **Koch** werden unsere Leser aufmerksam gemacht.

Verantwortlich für die Redaktion: **Emil Kugel**, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: **Carl Kugel**, Berlin. — Verlags-genossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Wir bitten

dringend, zu den Einkäufen möglichst die Vormittagsstunden zu wählen, da bei dem grossen Andrang nachmittags eine sorgfältige Bedienung kaum möglich ist.



...aber nur noch 6 Tage

Auf alle schwarzen Lederschuhen, auf Lackschuhe u. -stiefel sowie auf Ballschuhe **10%**

Auf Einzelpaare und Restbestände (grosse Auswahl) sowie auch auf alle Winterschuhe **20%**

Auf zurückgesetzte schwarze und farbige Lederschuhen in allen Preislagen **30%**

Jeder Stiefel trägt auf der Sohle den von unserer Fabrik fest eingepprägten Original-Preis

Der Rabatt hierauf wird erst an der Kasse bar in Abzug gebracht

Conrad

Man achte auf den Vornamen „Conrad“

SW. Friedrichstr. 240 41 NW. Tarmstrasse 41 N. Friedrichstrasse 130 SO. Oranienstrasse 2a Neukölln, Bergstrasse 30 31
W. Pot. damer Strasse 50 NW. Wilsnacker Str. 22 N. M. Allertstrasse 3 SO. Wrangelstrasse 49 Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 122 23 · Potsdam, Brandenburger Str. 34
W. Schillstrasse 16 N. Brunnenstrasse 37 O. Andreasstrasse 50 C. Spittelmarkt 15
NW. Beustelstrasse 29 N. Danziger Strasse 1 O. Frankfurter Allee 22 C. Rosenthaler Strasse 14